

Informationsdienst des CGB

INTERN

Ausgabe September 2015

Der Bundesvorsitzende hat das Wort

Die ersten Risse in der „Willkommenskultur“

„Unser Land wird sich verändern“, hat Bundeskanzlerin Merkel angekündigt und damit hat sie zweifellos Recht. Nun ist Veränderung für sich allein noch kein Wert. Wichtig ist, in welche Richtung sich unser Land verändern wird. Allein diese Frage zu stellen, ist jedoch derzeit politisch nicht korrekt, denn die von Regierungskreisen propagierte „Willkommenskultur“ lässt Skepsis an der deutschen Flüchtlingspolitik erst gar nicht zu. Dabei muss man sich fragen, worin eine solche Politik überhaupt besteht. Allein Flüchtlinge zu Tausenden Tag für Tag ins Land kommen zu lassen, kann kaum als politisches Konzept mit mittel- und langfristiger Zukunftsperspektive bezeichnet werden.

Nun wird die Kanzlerin die Geister, die sie rief, nicht mehr los. Auszubaden haben das andere. Eine Million Menschen aus uns fremden Kulturkreisen müssen anständig untergebracht und versorgt werden. Das mag man zwar auch als „Mini-Konjunkturprogramm“ betrachten, doch würde eine solche Sichtweise zu kurz greifen. Es ist davon auszugehen, dass die Flüchtlinge dauerhaft in Deutschland bleiben werden und auch später, nach Ende des Bürgerkrieges in Syrien, kaum daran denken dürften, ihr Heimatland wieder aufzubauen. Ferner werden sie von ihrem Recht des Familiennachzugs Gebrauch machen. Das heißt, dass mindestens eine Million Familienangehörige, eher mehr, nach Deutschland kommen werden. Eine vernünftige und sachgerechte Integrationspolitik ist also notwendiger denn je.

Die Verteilung der Flüchtlinge innerhalb der EU wird schwierig. Zum einen ist es in diesem Punkt um die europäische Solidarität schlecht bestellt. Zum anderen werden Flüchtlinge kaum in Rumänien oder in Kroatien bleiben wollen. Man mag dies alles als Schwarzmalerei zurückweisen. Dennoch sind Verteilungskämpfe absehbar. Verteilungskämpfe um Arbeitsplätze und Verteilungskämpfe um günstigen Wohnraum. Schon jetzt kündigen Kommunen Mietern in gemeindeeigenen Wohnungen, melden Eigenbedarf an und wollen dort Flüchtlinge unterbringen. Angesichts des bevorstehenden Winters müssen zweifellos rasche Lösungen bei der Unterbringung gefunden werden. Die Beschlagnahme von Wohnungen – wie in Berlin geplant – oder der Rauswurf von Mietern ist aber kaum geeignet, das Herz für die Ankömmlinge zu öffnen. Man muss kein Prophet sein, um vorauszusagen, dass die Zahl derer, die jedem Flüchtling beim Eintreffen eines Zuges applaudieren, abnehmen wird. Spätestens dann, wenn sich die Folgen der Veränderung für jeden Einzelnen zeigen, werden sich Risse in der viel beschworenen „Willkommenskultur“ auftun. Das politische Berlin will so etwas heute noch nicht hören, und die Medien schon gar nicht. Als ob sie ferngesteuert sind, überschlagen sie sich in einer Weise, die schon als Indoktrination bezeichnet werden kann.

In den meisten Lebensbereichen kommt man nicht umhin, Risiken einzugehen. Solche Risiken müssen jedoch kalkulierbar sein. Ob sie es derzeit in der Flüchtlingspolitik sind, kann man bezweifeln.

Matthäus Strebl, MdB
CGB-Bundesvorsitzender



Matthäus Strebl

Matthäus Strebl, MdB
Bundesvorsitzender



CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE
ARBEITNEHMERSCHAFT
DEUTSCHLANDS

Reform der Sozialwahlen gescheitert – Online Abstimmung und Frauenquote kommen nicht!

Die von Unionspolitikern nach den Sozialwahlen 2011 angekündigte und im Koalitionsvertrag mit der SPD vereinbarte Reform der Sozialwahlen ist gescheitert. Die Große Koalition konnte sich weder auf die zur Stärkung von Urwahlen geplante Möglichkeit der Online-Abstimmung noch auf die vom Bundesbeauftragten für die Sozialversicherungswahlen Gerald Weiß vorgeschlagene Einführung einer Frauenquote für die Selbstverwaltungsorgane verständigen.

Die kommenden Sozialwahlen werden daher nach bisherigem Recht ablaufen, da die Frist für mögliche Gesetzesänderungen mittlerweile verstrichen ist. Die CDA und die CDA/CGB - Bundesarbeitsgemeinschaft bedauern das Scheitern der überfälligen Reform, das nicht mit einem Mangel an Vorschlägen begründet werden kann. Peter Rudolph, Vorsitzender des CDA - Landesverbandes Bremen und langjähriger Bundesvorsitzender der CDA/CGB - Arbeitsgemeinschaft: „Die Große Koalition hat es nicht geschafft, sich rechtzeitig vor den nächsten Sozialwahlen auf ein Reformkonzept zu verständigen. Dies ist nicht nur ein Armutszeugnis für die Politik, sondern gefährdet auch das Vertrauen der Bürger in die Sinnhaftigkeit und Bedeutung von Selbstverwaltung.“

Wenn die Selbstverwaltung in der Sozialversicherung eine Zukunft haben soll, müssen die Sozialwahlen aufgewertet und im Bewusstsein der Versicherten verankert werden. Vom Grundsatz gehören die Sozialwahlen mit rund 50 Millionen Wahlberechtigten zu den wichtigsten demokratischen Wahlen in Deutschland. Tatsächlich sind die Wahlen weitgehend unbekannt, weil zumeist nur bei wenigen Versicherungsträgern echte Wahlhandlungen stattfinden – 2011 bei lediglich 10 von 206 der Sozialversicherungsträger. In der Regel verständigen sich die vorschlagsberechtigten Organisationen auf sogenannte „Friedenswahlen“, bei der eine Wahlhandlung entfällt und die vorgeschlagenen Bewerber nach Ende der Wahlfrist als gewählt gelten. Dies ist zwar für die Versicherungsträger günstiger als eine Urwahl, aber nicht demokratisch.“

Ein weiteres Problem sieht Rudolph in der mangelnden Repräsentativität der Selbstverwaltungsorgane. So seien Frauen in den Gremien deutlich unterrepräsentiert. Bei den gesetzlichen Krankenkassen betrage der Frauenanteil in den Verwaltungsräten

beispielsweise nur zwischen 20 und 27 Prozent. Rudolph: „Auf die Einsicht der vorschlagsberechtigten Organisationen zu setzen, reicht nicht. Die Versicherten müssen unmittelbaren Einfluss darauf haben, wer sie vertritt. Wir brauchen mehr Transparenz bei der Kandidatenaufstellung und Sozialwahlen, die diesen Namen auch verdienen.“

PM CDA Bremen vom 07. 08. 2015

* * * *

Aus den Gewerkschaften

Gewerkschaft GÖD stellt Personaleinsparung im Land und bei den Kommunen in Frage.



Die Gewerkschaft öffentlicher Dienst und Dienstleistungen (GÖD) im Saarland sieht die Vorgaben für die Personaleinsparungen bei der Landesverwaltung und bei den Kommunen im Saarland mit großer Sorge. Und dies nicht erst, seit es um die Frage der Unterbringung von Flüchtlingen geht.

Die aktuelle Debatte um die personelle Ausstattung des öffentlichen Dienstes bei der Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge zeigt, dass teure Wirtschaftsgutachten zur Verwaltungsmodernisierung im Land wie bei den Kommunen der Wirklichkeit hinterherlaufen, so die Gewerkschaft GÖD.

Im Spitzengespräch mit der Landesregierung zur Zukunft der Landesverwaltung, hat die Gewerkschaft GÖD immer darauf hingewiesen, dass die Personaleinsparung nicht auf Kosten der Arbeitsverdichtung gehen darf. „Heute erleben wir genau diese Entwicklung“, so der GÖD Geschäftsführer Nico Caló. Beschäftigte müssen Überstunden leisten, welche sie selbst in eine bedrohliche gesundheitliche Situation bringen, so die Gewerkschaft GÖD. Die bestehende Arbeitsverdichtung durch den Personalabbau der letzten Jahre hat an Schärfe zugenommen. Die Landesregierung und Kommunen glaubten, durch Servicegesellschaften, Technisierung sowie Digitalisierung von Verwaltungsabläufen und interkommunaler Zusammenarbeit, Personal einsparen zu können. Dafür wurden kostenaufwendige Gutachter bemüht, zuletzt PWC vom Landkreis Saarlouis und Junkerheinrich vom Innenministerium. Zuvor glaubte die Landesregierung auch, mit Gutachten in den Geschäftsbereichen des Bildungs- und Justizministeriums Personaleinsparungen feststellen zu können. „Keines der Gutachten hat die Herausforderung des öffentlichen Dienstes für die nächsten Jahre im Fokus gehabt. Es zählte alleine die Einhaltung der Schuldenbremse“, so Nico Caló, GÖD – Geschäftsführer. Im Bildungsbereich wird die Universität des Saarlandes auf eine Technische Universität herunter gestutzt, sodass der Öffentliche Dienst im Saarland nur wenig davon profitieren kann. Nun zeigt sich, dass der öffentliche Dienst nicht so schnell Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt oder aus dem Ausland rekrutieren kann.

Es bedarf - zu Recht - einer sorgfältigen speziellen Ausbildung. Und diese braucht eben seine Zeit.

Im Gegensatz zur Privatwirtschaft geht es eben nicht um technische Produktpaletten und Produktionsstraßen, welche zum Laufen gebracht werden müssen. Im Mittelpunkt steht der Mensch, so die Gewerkschaft GÖD. Hierzu stellt der GÖD-Geschäftsführer Nico Caló fest: „Weil sich Landesregierung und Kommunen in den letzten Jahren einen öffentlichen Dienst, in Ausstattung und Bezahlung, auf Sparflamme geleistet haben, werden jetzt Beschäftigte im Ruhestand und Rente reaktiviert, weil nicht für den Nachwuchs gesorgt wurde.“ Um zu bilanzieren: „Dies wird aber langfristig nur bedingt möglich sein. Und ein Zukunftskonzept kann dies auch nicht darstellen“. Die Personalkostenreduzierung von 2.400 Stellen ist eine Vereinbarung der Koalition von CDU und SPD im Land, welche die Gewerkschaft GÖD im Spitzengespräch mit der Landesregierung zur Kenntnis nehmen musste. „In Bezug auf die Kommunen im Land mussten wir auch Personalreduzierungen zur Kenntnis nehmen“, fügt der GÖD-Geschäftsführer Nico Caló hinzu. Angesichts der aktuellen Situation, jenseits der Betreuungs- und Überlieferungssituation der Flüchtlinge im Saarland, stellt die Gewerkschaft GÖD die Personalkostenreduzierung in Frage und sieht Gesprächsbedarf bei Landesregierung und Kommunen im Land, um die Arbeitsverdichtung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes abzubauen. „Damit nicht das nächste Thema auf der Tagesordnung ‚Erwerbsunfähigkeit der Beschäftigten im öffentlichen Dienst‘ lautet!“, so Nico Caló abschließend.

PM GÖD im August 2015

* * * *

CGM: Aus- und Weiterbildung ist Aufgabe der gesamten Solidargemeinschaft!



Die Arbeitswelt ist einem tiefgreifenden Wandel unterworfen. Jetzt, wo wieder ein neuer Jahrgang von Auszubildenden startet, stellt sich erneut die Frage, wie sich von Jahr zu Jahr Ausbildungsinhalte zum digitalen Wandel gut in die Ausbildung integrieren lassen, ohne dass junge Menschen mit zu hohen Anforderungen überfrachtet werden, und wie man kontinuierlich alle Generationen von Beschäftigten durch Weiterbildung für die Zukunft rüstet. Andrea Nahles will, dass die Bundesagentur für Arbeit der Qualifizierer der Bundesdeutschen wird, und die Finanzierung ausschließlich über die Arbeitslosenversicherung möglich machen. So geht es nicht! „Wir, als CGM in den Betrieben vor Ort, sind Ansprechpartner für unsere Mitglieder, auch für unseren Nachwuchs. Ob es Berufsinformationstage sind, wo wir Arbeitsbereiche vorstellen, oder ob wir alltäglich mit in der Verantwortung stehen, uns um Azubis zu kümmern. Wir Gewerkschafter sind mit den Arbeitgebern zusammen im aktiven Austausch, dass die Aus- und Fortbildung von Fachkräften an vorderster Stelle stehen muss. Aber Einigkeit besteht auch darin, dass dies nicht nur aus den Beiträgen einzelner Gruppen der Solidargemeinschaft finanziert werden darf!“, betont Adalbert Ewen mit Nach-

druck. Deshalb fordern wir, als CGM: Der Wirtschaftsstandort Deutschland muss von uns allen - also im Sinne des Solidarprinzips - gestaltet werden, Aus- und Weiterbildung von uns allen bezahlt werden! Von einer wettbewerbsfähigen und sozialen Marktwirtschaft profitiert schließlich jeder!

PM CGM im August 2015

* * * *

CGPT begrüßt Flüchtlingshilfe der Telekom!



Die Christliche Gewerkschaft Postservice und Telekommunikation CGPT begrüßte die Zusage des Telekom Personalvorstandes Christian P. Illek, den vielen Flüchtlingen im Land zu helfen. Christian P. Illek hatte für den Telekom Konzern mitgeteilt, dass die Telekom bei der Versorgung der Flüchtlinge mit W-LAN helfen will, dass sie die Behörden bei der Suche nach Wohnraum unterstützen will und bei eigenen Liegenschaften nachsehen will. Ferner will die Telekom Beamte zum Bundesamt für Migration entsenden, Praktikantenstellen für Flüchtlinge zur Verfügung stellen, ein Informations-Portal für Flüchtlinge aufbauen und Mitarbeiter, die ehrenamtlich helfen, mit unterstützen. CGPT Vorsitzender Ulrich Bösl begrüßte diese Initiative eines DAX Unternehmens. Wir sind nicht immer einer Meinung mit dem Telekom Vorstand, aber hier hat er unsere volle Unterstützung. Wir als CGPT hoffen, dass viele Unternehmen dem Beispiel der Telekom folgen und humanitär helfen, so Bösl.

PM CGPT im August 2015

* * * *

Bundesvorstand der Kraftfahrergewerkschaft (KFG) spricht sich gegen Streik aus und appelliert an die Berufskolleginnen und Berufskollegen, die Gesetze und Vorschriften einzuhalten!



Bei der letzten Bundesvorstandssitzung der Kraftfahrergewerkschaft (KFG) in Duisburg stand auch die Situation der Berufskraftfahrer auf der Tagesordnung. Laut Aussage des Bundesvorsitzenden Willy Schnieders aus Emstek in Niedersachsen, glauben immer mehr Berufskraftfahrer/innen, dass sie die zurzeit völlig unbefriedigende Situation mit einem Streik verbessern könnten. Viele Chauffeure meinen, dass sich der gewünschte Erfolg automatisch einstellt, wenn in Deutschland einige Tage die Räder der LKW stillstehen und die Regale in den Supermärkten leer bleiben. Nach einer längeren Diskussion war sich der Bundesvorstand einig, dass ein Generalstreik der Berufskraftfahrer nicht zum Ziel führt, und auch rechtlich auf sehr wackligen Füßen stehen würde. Schließlich müsse vor einem Streik sehr gründlich geprüft werden, welche gesetzliche Vorgabe es gibt. Willy Schnieders und die Sitzungsteilnehmer waren der Meinung, dass die Einhaltung der Lenk- und Ru-

hezeiten nicht durch einen Streik erzwungen werden kann.

Denn für die Einhaltung der Lenk- und Ruhezeiten sind in erster Linie die Fahrzeuglenker verantwortlich. Zum Bedauern der Bundesvorstandsmitglieder der KFG wisse der Großteil der Berufskraftfahrer/innen nicht genau, wie lange sie ihr Fahrzeug lenken dürfen, und welche Pausen gesetzlich vorgeschrieben sind. Es häufen sich die Beschwerden über Arbeitgeber im Transport- und Speditionsgewerbe, die sich das mangelnde Wissen ihrer Angestellten über die Sozialvorschriften zunutze machen, und diese zu Gesetzesüberschreitungen auffordern, so Willy Schnieders.

Der Bundesvorstand der KFG und die Landesvorsitzenden haben daher einstimmig beschlossen, eine flächendeckende Aufklärungskampagne für die Berufskraftfahrer/innen über die geltenden Sozialvorschriften und die geltenden Gesetze zu starten. Der stellvertretende Bundesvorsitzende Franz Xaver Winklhofer hofft auf die Unterstützung der Presse, um detailliert über die Lenk- und Ruhezeiten zu berichten. Die Chauffeure müssen besonders für ihre hohe Verantwortung im Straßenverkehr sensibilisiert werden. Arbeitszeitvorschriften für Kraftfahrer dienen nicht nur der Verkehrssicherheit, sondern auch dem Gesundheitsschutz der Fahrer. Außerdem können sich Rechtskundige leichter gegen Willkür oder Ausbeutung durch die Arbeitgeber oder der verladenden Wirtschaft wehren. Sie müssen endlich erkennen, dass sie sich bei Kontrollen nicht auf den Chef oder den Disponenten ausreden können. Schutzbehauptungen, dass er als Fahrer dazu gezwungen wurde, länger als erlaubt zu fahren oder die vorgeschriebenen Pausen zu verkürzen, werden weder bei den Kontrollbehörden noch vor Gericht helfen. Willy Schnieders dazu: „Wir von der KFG, die teilweise seit Jahrzehnten aktive Fahrer sind, wissen über die Probleme der Fahrerinnen und Fahrer.“

Die Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren, verleitet viele Kolleginnen und Kollegen dazu, dem Druck der Arbeitgeber nachzukommen, und bewusst gegen geltendes Recht zu verstoßen. Kommt es wegen gravierender Lenkzeitüberschreitungen oder der zu kurzen Ruhepausen zu einem Verkehrsunfall mit Todesfolge oder körperlichen Langzeitschäden bei anderen Verkehrsteilnehmern, muss der Auslöser des Unfalls alle Konsequenzen tragen und hat lebenslang Gewissensbisse. Der Bundesvorstand sowie die Landesvorsitzenden der Kraftfahrergewerkschaft (KFG) appellieren an alle, sich streng an die Sozialvorschriften und an die vorgeschriebene Geschwindigkeit zu halten. Denn wer Gesetze einhält, kann nicht bestraft werden. Aufforderungen durch die Arbeitgeber, gegen die geltenden Lenk- und Ruhezeiten zu verstoßen, um Termine einzuhalten, brauchen und dürfen nicht befolgt werden, waren sich die Sitzungsteilnehmer einig.

Oftmalige Behauptungen und Einreden von Arbeitgebern oder Disponenten, damit ein Entlade- oder Ladetermin eingehalten werden könne, seien geringfügige Lenkzeitüberschreitungen oder Verkürzungen

der gesetzlich vorgeschriebenen Fahrzeitunterbrechungen erforderlich, werden von der KFG mit Nachdruck zurückgewiesen. Der Gesetzgeber hat keine Ausnahmen vorgesehen. Nach Ansicht von Willy Schnieders sollte das Wissen über die Rechtslage zur Grundausstattung eines Berufsfahrers gehören.

PM KfG im September 2015

* * * * *

Die CGM fordert: Hilfe für die Schwächsten! Flüchtende Kinder aus der Gefahrenzone bringen!



Die aktuelle Flüchtlingskrise zeigt, dass wir in den Ländern und Kommunen noch mehr Ressourcen und helfende Hände benötigen. Berlin ist derzeit fieberhaft dabei, alle Möglichkeiten, Mittel und Personal zu organisieren, die benötigt werden. Besonders Kinder sind in Kriegs- und Katastrophensituationen die Schwächsten. Wie auch Frauen werden Kinder in erster Linie Opfer von Terrorgruppen und Menschenhändlern. Organisierte Netzwerke sind seit Jahrzehnten besonders im "Darknet" intensiv unterwegs, um hier lukrative Geschäfte auf Kosten der Menschenrechte zu machen. Die Sendung "Scobel" am 17.9. auf 3sat wies auf dieses Thema hin, weil es in den Medien meistens untergeht. Tausende Kinder verschwinden in Krisensituationen, national wie international, weil sie oft ohne Schutz unterwegs sind. Und die Behörden sind weitestgehend machtlos, personell sowie technisch nicht ausreichend ausgestattet. Wir als CGM wünschen uns hierfür mehr Einsatz und Gelder seitens der Bundesregierung für Bundesbehörden, Hilfsorganisationen und gegen das internationale Verbrechen, das gerade die Schwächsten im Visier hat. Ewen: "Nicht erst seit dem furchtbaren Tod des Flüchtlingsjungen Ailan Kurdi sehen wir besonders die Not von Kindern bei humanitären Katastrophen. Kinder werden als Kriegs- und Sexsklaven rekrutiert, Menschenleben werden so von Anfang an zerstört. Laut UNICEF sind derzeit in Westafrika anderthalb Millionen Kinder auf der Flucht vor Boko Haram. Wir müssen mehr tun! Deshalb fordern wir von der CGM die Bundesregierung auf, alles Menschenmögliche in die Wege zu leiten, um die Kleinsten und Schwächsten so schnell wie möglich aus den Gefahrenzonen zu bringen!"

PM CGM im September 2015

Impressum

Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands, Obentrautstraße 57 * 10963 Berlin

Telefon: 030/21 02 17-30

Fax: 030/21 02 17-40

E-Mail: cgb.bund@cgb.info

Internet: www.cgb.info

V.i.S.d.P: Christian Hertzog, Anne Kiesow

Redaktion: Anne Kiesow, Christian Hertzog

Layout: Michaela Bahner

Dies ist ein unentgeltlicher Informationsdienst des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands.